

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Sommeression 2024

Session d'été 2024

Sessione estiva 2024

Stand / état / stato: 07.06.2024

Fragestunde vom 10.06.2024 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)

Heure des questions du 10.06.2024 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)

Ora delle domande 10.06.2024 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

24.7375	DE FR IT	Fra. Grüter. Drohneneinsatz nicht verbieten um damit zahlreiche Rehkitze zu retten	Gibt es eine Möglichkeit während der Bürgenstock Konferenz den Bauern und Jägern den Einsatz von Infrarot-Drohnen nicht zu untersagen, um damit den Mähtot von unzähligen Rehkitzen zu verhindern?
24.7390	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Widersprechen die in der Armeebotschaft 2024 skizzierten Varianten 1 und 3 dem Parlamentsgesetz?	In der Armeebotschaft 2024 schlägt der Bundesrat für den Finanzbedarf der Armee (Gruppe Verteidigung und Bundesamt für Rüstung armasuisse) drei Varianten für die Jahre 2025 bis 2035 vor. Allerdings fehlen die Kosten für die Varianten 1 und 3. - Weshalb verweigert der Bundesrat die Kostenrechnung für zwei Varianten? - Wie ist dies mit der Vorgabe gemäss Art. 141 Abs. 2 lit. f ParlG vereinbar? - Wie hoch sind die Kosten je Variante?
24.7393	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. NATO-Treuhandfonds: Schweizer Beiträge und Projekte im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden	Seit 1996 beteiligt sich die Schweiz am NATO- Programm "Partnerschaft für den Frieden" (PfP). Dabei leistet die Schweiz auch Beiträge an den sogenannten Treuhandfonds. a) Welche Beiträge hat unser Land seit dem Beitritt zu PfP geleistet? b) Welche Projekte wurden mit diesen Beiträgen unterstützt? c) Wie bewertet der Bundesrat die strategischen Auswirkungen der Vernichtung von 133'000 Tonnen Munition in der Ukraine im Rahmen des NATO- Treuhandfonds auf die aktuelle Verteidigungsfähigkeit des Landes?

24.7430	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Alpha Uno: Wie viel kostet die Militärübung?	Kann der Bundesrat die Kosten der Übung «Alpha Uno», die am 5. Juni 2024 auf der Autobahn A1 stattgefunden hat, detailliert beziffern?
---------	--	--	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

24.7371	DE FR IT	Fra. Gafner. Friedenskonferenz Bürgenstock	- Wie erklärt der Bundesrat als neutraler Organisator der Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock, dass Russland offiziell nicht eingeladen ist? - Weshalb sah der Bundesrat davon ab und wäre er für eine Teilnahme Russlands noch offen? - Sollten für erfolgsversprechende Verhandlungen, nicht alle beteiligten Parteien am Tisch sitzen?
24.7422	DE FR IT	Fra. Pahud. Flop der Bürgenstock-Konferenz: Verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit als Friedensvermittlerin?	Wenige Teilnehmende, wenig Interesse der Grossmächte, die Abwesenheit des wichtigsten Akteurs und vor allem kein Abschluss eines Friedensabkommens. Kurz gesagt wirft die überstürzte Organisation dieses Gipfels ohne die Hauptbetroffenen und ohne greifbare Ergebnisse auf internationaler Ebene ein schlechtes Licht auf die Schweiz, die ihrer Rolle als Friedensvermittlerin nicht mehr gewachsen zu sein scheint. Findet der Bundesrat, dass die Schweiz bei der Konfliktlösung und der Erbringung Guter Dienste immer noch glaubwürdig ist?
24.7455	DE FR IT	Fra. Bühler. Bürgenstock-Konferenz: Gefährden die Aussagen von Herrn Selenski die Friedenskonferenz?	Laut der «Tribune de Genève» vom 27. Mai 2024 sagte der ukrainische Präsident, dass Russland an der Konferenz nicht teilnehmen könne, da die Gespräche sonst vollständig ins Stocken geraten würden. Russland wolle die Ukraine zerstören und Wladimir Putin dürfe man auf keinen Fall Vertrauen schenken, so Selenski. 1. Gefährden diese Äusserungen nicht die Bemühungen der Schweiz um eine diplomatische Lösung des Krieges? 2. Würde der Bundesrat die Teilnahme der russischen Seite an dieser Konferenz in irgendeiner Form begrüssen?
24.7437	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Humanitäre Krise in Myanmar	Nach dem Militärputsch in Myanmar hält der Widerstand an; die Junta kontrolliert nur noch einen Teil des Landes, unterdrückt die Bevölkerung aber weiterhin brutal. Der Bedarf an humanitärer Hilfe wächst. - Inwiefern leistet die Schweiz für die Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe? - Wird die Hilfe gegebenenfalls mit Vertreterinnen und Vertretern des Widerstands und ethnischer Minderheiten, welche die Bevölkerung direkt erreichen können, abgestimmt?
24.7447	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Auswirkungen der IKRK-Sparrmassnahmen	Das IKRK plant, aufgrund von Finanzierungsproblemen weltweit rund 1'800 Mitarbeiter zu entlassen und als Folge davon seine Aktivitäten einzuschränken. Welche Programme sind in welchen Ländern davon betroffen und haben die Sparrmassnahmen des IKRK Mehrausgaben bei der DEZA zur Folge indem diese beabsichtigt, Projekte des IKRK zu übernehmen?

24.7468	DE FR IT	Fra. Arslan. Humanitäre Krise im Sudan (2)	Die humanitäre Lage im Sudan ist katastrophal. Unabhängige Expertenberichte rechnen mit 2.5 Millionen Hungertoten bis Ende September 2024. Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten: Unterstützt die Schweiz die Verlängerung der Independent International Fact-Finding Mission for the Sudan durch den Menschenrechtsrat für ein weiteres Jahr, und falls ja, welche diplomatischen Schritte unternimmt sie in Genf und in der Region um dies sicherzustellen?
24.7469	DE FR IT	Fra. Arslan. Humanitäre Krise im Sudan (1)	Die humanitäre Lage im Sudan ist katastrophal. Unabhängige Expertenberichte rechnen mit 2.5 Millionen Hungertoten bis Ende September 2024. Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten: - Welche Massnahmen ergreift die Schweiz, um den ungehinderten Zugang der Bevölkerung im Sudan zu Hilfsgütern zu sichern? - Wie setzt sich die Schweiz im UN-Sicherheitsrat dafür ein, dass die Notwendigkeit, die Konfliktlösung im Sudan zu unterstützen, seit der Beendigung von UNITAMS im Fokus bleibt?

Finanzdepartement

24.7370	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Kaufvertrag BAZoV Buosingen	Im Januar 2024 wurde bekannt, dass der Bund ein BAZoV im Gebiet Buosingen, in der Gemeinde Arth, im Kanton Schwyz, plant. Dafür erwirbt der Bund ein Privatgrundstück. - Wurde der Kaufvertrag für dieses Privatgrundstück bereits unterschrieben? Wenn Nein, warum nicht? - Wann plant der Bund den Kaufvertrag definitiv abzuschliessen?
24.7391	DE FR IT	Fra. Wyssmann. CS-Deal: Aktueller Stand des Anwaltshonorars an der Bahnhofstrasse	Die Anwaltskanzlei Kraft, Niederer und Frey AG mit Sitz an der Bahnhofstrasse in Zürich wurde gemäss Berichterstattung des Blick vom 13. April 2023 vom Bundesrat für einen Honorarbetrag von über 10 Mio. Franken zur Beratung beigezogen (2 Mio. fix, 8,3 Mio. als weitere Optionen). Auf wie hoch (in CHF) beläuft sich die Schlussrechnung der Anwaltskanzlei resp. der aktuell zwischenzeitlich erreichte Honorarbetrag, wie viele Stunden wurden abgerechnet und welcher Stundenansatz kam zur Anwendung?
24.7413	DE FR IT	Fra. Pamini. Vertragliche Fonds mit direktem Grundbesitz: Anzahl der Fondsleitungswechsel von 2013 bis 2023	Wie viele Wechsel von Fondsleitungen von schweizerischen vertraglichen Anlagefonds mit direktem Grundbesitz (Art. 25 KAG ff i.V.m. Art. 49 Abs. 2 DBG) fanden von 2013 bis 2023 inklusive statt? Man gebe die Anzahl der Wechsel pro Jahr an.

24.7418	DE FR IT	Fra. Hübscher. Ungedekte Kosten in der interkantonalen Zusammenarbeit	Kostenunterdeckungen in der interkantonalen Zusammenarbeit können entstehen durch Abzüge für mutmassliche Standortvorteile eines Kantons wie der Regierungsrat des Kantons Zürich in seinem RRB-2024-0100 feststellt. Standortvorteile werden aber bereits im NFA im Ressourcenausgleich angerechnet, da sie sich in höheren Einkommen und Unternehmensgewinnen sowie höheren Landpreisen niederschlagen. Sieht der Bundesrat hier ebenfalls eine mögliche Doppelbelastung und wie gedenkt er diese anzugehen?
24.7443	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Gilt Art. 12 lit. c BGFA für alle Anwaltskanzleien?	Die Credit Suisse (Wert ca. 35 Mia.) wurde für 3 Mia. von der UBS AG übernommen. Vom Bundesrat zur Beratung beigezogen wurde die Anwaltskanzlei Kraft, Niederer und Frey AG in Zürich, welche im Vorfeld des CS-Deals sowohl für die CS als auch für die UBS tätig war: https://lawstyle.ch/niederer-kraft-frey-beriet-ubs-ag-und-credit-suisse-ag-bei-der-schmolz-bickenbach-ag-aktienemission . Art. 12 lit. c BGFA untersagt Interessenkollisionen. Warum fand Art. 12 lit. c BGFA in diesem Fall keine Anwendung?
24.7463	DE FR IT	Fra. Bläsi. Ist die Bienenzucht eine essenzielle Tätigkeit für unser Land?	In der Schweiz haben wir zwei Mehrwertsteuersätze: 2,6 und 8,1 Prozent. Für den Verkauf von Vieh in der Schweiz gilt der reduzierte Satz von 2,6 Prozent. Der Verkauf von Jungvölkern und Königinnen für die Bienenzucht unterliegt hingegen dem Steuersatz von 8,1 Prozent. Es ist unmöglich, die Nachfrage zu decken. Dies öffnet Tür und Tor für Importe: - Ist der Bundesrat bereit, die Mehrwertsteuer für den Verkauf von Bienenvölkern und Bienenköniginnen in der Schweiz auf den reduzierten Satz herabzusetzen? - Ist unsere Bienenzucht eine essenzielle Wirtschaftstätigkeit, die es zu schützen gilt?
24.7473	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Regulierungswütige Finanzmarktaufsicht FINMA (1/2)	Unter dem Vorwand des «Konsumentenschutzes» und ohne genügende gesetzliche Grundlage fordert die FINMA im Krankenzusatzversicherungsbereich bei Tarifverträgen zwischen Spitälern und Krankenzusatzversicherern tiefere Spitaltarife (Medienmitteilung vom 17. Dez. 2020). Mit diesem Eingriff in die Preisverhandlungen unter Privaten wird die Ausfinanzierung der Spitäler gefährdet. Diesbezüglich stellen sich nachfolgende Fragen (siehe Frage Nr. 24.7474).
24.7474	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Regulierungswütige Finanzmarktaufsicht FINMA (2/2)	Zur Ausgangslage siehe Frage Nr. 24.7473. - Wo greift die FINMA als nächstes unter dem Vorwand des «Konsumentenschutzes» in die privatrechtliche Preisbildung ein: Bankgebühren im Retailgeschäft, Gebühren für Fondsvertrieb, Höhe der Entschädigungen bei Brokern und Versicherungsagenten etc.? - Wie verhindert der Bundesrat, dass die FINMA weiterhin Preisvorgaben ohne genügende gesetzliche Grundlage durchzusetzen versucht? - Wann wird der Bundesrat endlich die Regulierungswut der FINMA stoppen?

24.7475	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Verfehlungen von Marlene Amstad als FINMA-Präsidentin	Am 6. September 2023 hat der Bundesrat Marlene Amstad als FINMA-Präsidentin für die Amtsperiode 2024-2027 wiedergewählt. Noch liegt der PUK-Bericht betr. «Geschäftsführung der Behörden zur CS-Notfusion» nicht vor. Sollten Verfehlungen der FINMA festgestellt werden, ist der Bundesrat bereit, Anpassungen bei der Zusammensetzung des FINMA-Verwaltungsrates - insbesondere beim Präsidium - noch vor Ablauf der aktuellen Amtsperiode vorzunehmen?
24.7476	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Hunderttausende Steuerfranken für überbezahlte Staatsangestellte, während der Bundesrat tiefrote Zahlen budgetiert?	Nach dem Lesen der Antwort auf die Frage 24.7263 «Goldener Fallschirm für die Direktorin des Bundesamts für Polizei» ist weiterhin nicht klar, weshalb die Direktorin des fedpol eine Abgangsentschädigung in der Höhe von 339'937 Franken erhalten hat. - Weshalb zahlt der Bundesrat bei einer «Auflösung des Arbeitsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen» überhaupt eine Abgangsentschädigung? - Erachtet dies der Bundesrat als angemessen angesichts der tiefroten Zahlen im Finanzplan der kommenden Jahre?
24.7481	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Warum informiert der Bundesrat über eine Unterwasserkamera, nicht aber über die Abgänge im Topkader?	Der Beantwortung des Vorstosses 24.7268 ist zu entnehmen, dass in den letzten 11 Jahren dem obersten Bundeskader insgesamt 46 Abgangsentschädigungen für eine Gesamtsumme von 7,5 Millionen Franken gewährt wurden. Das öffentliche Interesse an diesen Abgängen ist gross. Am 5.6. informierte der Bundesrat über eine Unterwasserkamera im Zugersee. Aus welchen Gründen informiert der Bundesrat nicht von sich aus zeitnah und transparent über die Abgänge des obersten Kadets?
24.7482	DE FR IT	Fra. Riem. Zolltarifkapitel 1901 20 / 1901 90	1. Gibt es eine genauere Erfassung, welche Produkte oder Produktgruppen innerhalb der Zolltarifkapitel 1901 20 und 1901 90 abgerechnet werden? 2. Falls die Frage 1 zutrifft: Wie hoch sind die jeweiligen importierten Mengen pro Produkt/Produktgruppe? 3. Wie kann versichert werden, dass die importierten Produkte (insbesondere Teiglinge) aus den Zolltarifkapitel 1901 20 und 1901 90 ausschliesslich aus dem europäischen Raum stammen und nicht über Europa als Drittland importiert werden?

Justiz- und Polizeidepartement

24.7378	DE FR IT	Fra. Addor. Nach den Waffengeschäften die Bancomaten	Nach den Überfällen auf verschiedene Waffengeschäfte haben nun Kriminelle vor allem im Grenzgebiet Schweizer Geldautomaten im Visier. Die Schweiz soll kein Selbstbedienungsladen für die Kriminalität im Grenzgebiet werden. Ist die Wiedereinführung systematischer Personenkontrollen an den Grenzen nach Ansicht des Bundesrates ein Mittel, um die Sicherheit in unserem Land wiederherzustellen?
---------	--	---	---

24.7388	DE FR IT	Fra. Steinemann. Verletzung der Unschuldsvermutung durch die Strassburger Richter	Der EGMR hat die Schweiz wegen Racial Profiling verurteilt. Dieses Urteil hätte an die Grosse Kammer weitergezogen können. Laut Urteil konnte der Sachverhalt nicht eruiert werden, ob wirklich Racial Profiling angewendet wurde; es stand Aussage gegen Aussage. Trotzdem wurde die Schweiz bzw. die Polizei Zürich verurteilt. 1. Handelt es sich um eine Verletzung der Unschuldsvermutung? 2. Das hätte sich ein Privater nicht gefallen lassen. Wer genau hat entschieden, dass keine Anfechtung erfolgt?
24.7398	DE FR IT	Fra. Imark. Justizminister versteht Justiz nicht!	1. Warum versteht Justizminister Beat Jans nicht, dass das Urteil des EGMR in Sachen Klimaseniorinnen eine unzulässige Weiterentwicklung des Rechts (EMRK) darstellt, für welche dieses Gericht nicht zuständig ist? 2. Wie kommt der Justizminister dazu, in aller Öffentlichkeit zu behaupten, die Schweiz müsse die Strassburger Gewaltenteilung respektieren, obwohl das EGMR mit der Verurteilung der Schweiz seine Kompetenzen massiv überschritten hat und damit eben diese Gewaltenteilung mit Füßen tritt?
24.7414	DE FR IT	Fra. Bircher. Eritreer Ausschreitungen und deren Konsequenzen aus Opfikon und Gerlafingen	In den letzten Monaten kam es immer wieder zu Eritreer Ausschreitungen z.B. in Opfikon und Gerlafingen. Das SEM informierte daraufhin, dass sie die Verantwortlichen überprüfen. - Wie viele Strafanzeigen wurden nach a. Opfikon und b. Gerlafingen eingereicht? - Wie viele Personen wurden bezüglich Flüchtlingseigenschaften nach a. Opfikon und b. Gerlafingen durch das SEM überprüft? Ist das Ergebniss der Überprüfung schon bekannt?
24.7415	DE FR IT	Fra. Bircher. Massenzustrom-Richtlinie der EU	Der Bundesrat hat immer wieder argumentiert, dass er den Schutzstatus S in Anlehnung an die Massenzustrom-Richtlinien der EU „halten“ muss und „Alleingänge“ nicht zielführend seien. Bekanntlich können die Massenzustrom-Richtlinien der EU nur 3 Jahre gelten und laufen im Frühjahr 2025 aus. - Wie wird die Schweiz auf die Beendigung der Massenzustrom-Richtlinie im Frühjahr 2025 bezüglich Schutzstatus S reagieren? - Hat dieser EU Entscheid Auswirkungen auf die Schweiz?
24.7421	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Massnahmen gegen den politischen Islam und Schutz der Meinungsfreiheit in der Schweiz	Verdacht auf islamistischen Hintergrund: Am 31.05. ist es im deutschen Mannheim zu einer brutalen Messerattacke eines Afghanen auf mehrere Menschen gekommen. Ein Polizist wurde dabei getötet. - Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass der politische Islam derzeit die grösste Bedrohung für unsere freiheitliche westliche Kultur und unsere Sicherheit darstellt? - Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um dem politischen Islam in der Schweiz entgegenzuwirken und die Meinungsfreiheit zu gewährleisten?

24.7425	DE FR IT	Fra. von Falkenstein. Statistik zur Jugendhilfe über die Volljährigkeit hinaus	Die Kinder- und Jugendhilfe wird in den Kantonen unterschiedlich geregelt und umgesetzt. Es fehlen verlässliche Zahlen als wichtige Grundlage für die Rechtsgleichheit. Dies betrifft auch die Leistungen über die Volljährigkeit hinaus. Es ist nicht klar, wie viele Care Leaver und Care Leaverinnen es in der Schweiz gibt. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass in der geplanten schweizweiten Statistik die Zahlen zu jungen Erwachsenen ebenfalls erhoben werden?
24.7428	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Auswirkungen der neuen Afghaninnen-Praxis des Staatssekretariats für Migration (SEM)	Seit Juli 2023 werden Afghaninnen vom SEM alleine deshalb als Flüchtlinge anerkannt, weil sie als Frauen in ihrer Heimat religiös motiviert diskriminiert werden. Die Asylgewährungsquote (AGQ) betrage seither 75% (24.3008). 1. Trifft es zu, dass die AGQ nicht 75%, sondern 97% beträgt, wenn nur materielle Entscheide berücksichtigt werden? 2. Wie hoch war die AGQ vor der Praxisänderung? 3. Wie viele Asylgesuche (Afghanistan) wurden seither gestellt? Wie viele stehen im Zusammenhang mit der Praxisänderung?
24.7429	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Heimatreisen in die Ukraine von Personen, die wegen des Kriegs aus der Ukraine geflüchtet sind	Immer wieder wird über Ukrainer berichtet, die als Schutzbedürftige in der Schweiz leben, aber dennoch Reisen in die Ukraine unternehmen. Halten sich Schutzbedürftige wiederholt oder längere Zeit im Heimatland auf, kann der Schutzstatus S entzogen werden. Als länger gelten in der Regel 15 Tage (Art. 78 Abs. 1 lit. c AsylG; Art. 51 AsylV 1). 1. Von wie vielen solchen Fällen hat das SEM Kenntnis? 2. Wie viele Entzüge wurden wegen a. wiederholtem und b. längerem Aufenthalt in der Ukraine verfügt?
24.7433	DE FR IT	Fra. Schaffner. Behindertengerechtigkeit bei Asylunterkünften verhältnismässig sicherstellen	Die Erstellung einer rasch steigenden Anzahl von Asylunterkünften stellt die Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, vereinfachte Lösungen zu finden. So soll es nicht notwendig sein, alle Asylunterkünfte zwingend behindertengerecht zu erstellen. Was meint der Bundesrat zu Erleichterungen bei der behindertengerechten Ausgestaltung von Unterkünften - vorausgesetzt, dass eine gewisse Quote behindertengerechter Unterkünfte pro Gemeinde, Region oder Kanton zur Verfügung steht?
24.7436	DE FR IT	Fra. Schaffner. Differenzierte Unterbringungspauschale bei Asylunterkünften mit speziellen Anforderungen	Die Gemeinden erhalten eine Pauschale für die Unterbringung von Asylsuchenden. Gewisse Asylsuchende stellen jedoch spezielle Anforderungen an die Unterbringung (z.B. UMAs, Menschen mit Behinderungen). Die Pauschale differenziert aber einzig zwischen UMAs und allen andern Asylsuchenden. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass alle spezielle Anforderungen an die Unterbringung der Asylsuchenden mit einer höheren Pauschalen entschädigt werden sollten?

24.7438	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Zuwanderungsstatistiken SEM vs. BFS: Wie viele Ausländerinnen und Ausländer leben tatsächlich in der Schweiz?	Gemäss SEM lebten per Ende 2023 2'313'217 Ausländer ständig in der Schweiz (Medienmitteilung 22.2.2024), gemäss BFS 2'416'400 (Medienmitteilung 4.4.2024). Gemäss SEM wanderten 2023 brutto 181'553 und netto 98'851 Ausländer in die Schweiz ein, gemäss BFS brutto 241'700 und netto 142'300. 1. Welche Zahlen stimmen nun? 2. Was sind die Gründe für die unterschiedlichen Angaben? 3. Liegt es evt. auch daran, dass der Schutzstatus S trotz Rückkehrorientierung plötzlich zur ständigen Wohnbevölkerung gezählt wird?
24.7450	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Eidgenössische Migrationskommission (EKM) auf Abwegen?	Die EKM wird vom Bundesrat eingesetzt. Sie kritisiert das neue Bürgerrechtsgesetz aufs Heftigste und fordert ein «inklusiveres Einbürgerungsrecht». Damit gemeint ist nichts anderes als ein Schweizer Pass für alle: massiv reduzierte Anforderungen, voraussetzungslos für Kinder, zentralistisch, undemokratisch und gratis. - Wieso unterstützt der Bundesrat eine solche Kommission, die etwas fordert, das dem Willen des demokratisch gewählten Parlaments diametral widerspricht? - Was kostet die EKM pro Jahr?
24.7452	DE FR IT	Fra. Riner. Wartefrist Familiennachzug	Ein Urteil des EGMR bzgl. Wartefrist Familiennachzug von vorl. Aufg. wird trotz lauf. Vernehmlassung umgesetzt. - Wieso setzt der Bundesrat vorausseilend ein EGMR- Urteil um, mit dem Dänemark, nicht die Schweiz, verurteilt wurde? - Erachtet sich der Bundesrat verpflichtet, ein Urteil des Bundesverwaltungsger. zu befolgen, das ein nicht die Schweiz betr. EGMR-Urteil umsetzt und dabei geltend. schweiz. Recht missachtet? - Stehen EGMR und BVGer nach Auffassung des Bundesrats über der Bundesversammlung?
24.7458	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Zuwanderungsstatistik: Transparenz über das Bildungsniveau der Zuwanderer	Angaben über das Bildungsniveau aller Zuwanderer in die Schweiz würden wichtige Rückschlüsse über die Chancen einer erfolgreichen Integration und die generierte Wertschöpfung in der Schweiz ermöglichen. 1. Über welche Bildungsdaten verfügt das SEM in Bezug auf - EU-Zuwanderer? - Zuwanderer aus Drittstaaten? - Asylsuchende? 2. Wieso wird diese Datenlage nicht verbessert, bspw. indem das Bildungsniveau im ZEMIS zwingend erfasst wird?

24.7472	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Konkreter Termin für die Publikation der effektiv vollzogen Landesverweise gemäss der Ausschaffungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP), die am 28. November 2010 von Volk und Ständen angenommen wurde	Der Bundesrat hat die Frage 24.7363 unanständig schludrig beantwortet. Am 28. November 2010 wurde die Ausschaffungsinitiative von Volk und Ständen angenommen. Bald 14 Jahre (!) später liegen noch immer keine Zahlen zu den effektiv vollzogen Landesverweise vor. Der Bundesrat hat den Termin mehrmals nach hinten geschoben. Wurde die «Prüfung der zugrundeliegenden Datenqualität» zwischenzeitlich abgeschlossen und an welchem konkreten Datum wird die Statistik im dritten Quartal 2024 vorliegen?
---------	--	--	--

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

24.7372	DE FR IT	Fra. Jost. Verwendung der Zinsen aus russischen Zentralbankgeldern zur Entlastung des IZA-Budgets	1. Wo steht die Schweiz hinsichtlich der Prüfung völkerrechtlicher Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine, welche in Motion 23.3264 gefordert wird? 2. Prüft der Bundesrat die Möglichkeit, dem Beispiel der EU folgend, Zinsen eingefrorener russischer Staatsgelder für die Finanzierung des Ukraine-Wiederaufbaus zu nutzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb? 3. Wie hoch sind die Zinsen auf die eingefrorenen russischen Staatsgelder?
24.7385	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Demonstrationen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ: Sicherheitsbedenken	An den Demonstrationen an den Schweizer Universitäten, der EPFL und der ETHZ sollen auch auswärtige Personen teilgenommen haben. In Zeitungsartikeln wird berichtet, dass Studierende, die nicht an den Demonstrationen teilnahmen, bedroht wurden. - Hat der Bundesrat in Absprache mit den Kantonen Massnahmen veranlasst, vorgeschlagen oder eingeleitet, um die Sicherheit aller Studierenden und der anderen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ tätigen Personen zu gewährleisten? - Wenn ja, welche? - Wenn nicht, gedenkt er dies zu tun?
24.7386	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Demonstrationen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ: Sicherheitsbedenken	An den Demonstrationen an den Schweizer Universitäten, der EPFL und der ETHZ sollen auch auswärtige Personen teilgenommen haben; unter anderem Mitglieder von «La France Insoumise» und der Muslimbruderschaft. Nun stellen sich Fragen in Bezug auf die Sicherheit, insbesondere hinsichtlich der direkten oder indirekten Einflussnahme solcher Personen auf die Demonstrationen. Sind dem Bundesrat angesichts dieser Sicherheitsbedenken Informationen über Personen bekannt, die in die Organisation dieser Demonstrationen involviert sein könnten?
24.7394	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Missbrauch bei Bundesbeiträgen für eidg. Berufsprüfungen bzw. höheren Fachprüfungen	Die Ausrichtung von Bundesbeiträgen für eidg. Berufsprüfungen oder höhere Fachprüfungen ist nicht an das Bestehen einer Prüfung geknüpft. Es gibt immer wieder Absolventen, die eine Prüfung besuchen, nur um anschliessend Bundesbeiträge zu erhalten. Prüfungen werden vereinzelt gar leer abgegeben. Aufgrund der Gelder wird die Prüfung trotzdem besucht. Sollte der Erhalt von Bundesbeiträgen nicht an gewisse Voraussetzungen gekoppelt sein (z.B. Mindest-Notenschnitt), um Missbrauch zu verhindern?

24.7395	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Abschaffung der Schlussprüfung in der ABU ist nicht sinnvoll	Die Schlussprüfung soll beibehalten werden und damit auch die Qualität der Berufsbildung. - Warum ist in der Vernehmlassung zur Verordnung des SBFJ über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der berufl. Grundbildung vorgesehen, dass die Schlussprüfung wegfällt? - Wieso wird mit der Abschaffung dieser Prüfung das Interesse an der Allgemeinbildung im Berufschulunterricht geschwächt? - Gedenkt man auch in anderen Bereichen Schlussprüfungen abzuschaffen, z.B. künftig auch bei Maturaprüfungen?
24.7397	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Diversität und Inklusion - gehört dies zur Grundausbildung?	An vielen Gymnasien gibt es Projektstage zur Sexualität, aber auch in vielen anderen Ausbildungen gehören Diversity / Inklusion zum Pflichtprogramm. Selbst der Bund bietet entsprechende obligatorische Verhaltenskurse für Mitarbeiter an. 1. Warum sind Diversity-Tage notwendig und gehören zum Pflichtprogramm an vielen Schulen? 2. Was sind die Kosten für diese Kurse für Mitarbeiter des Bundes (Ihr Beitrag zur Diversität und Inklusion)? 3. Gab oder gibt es Vorkommnisse, weshalb diese obligatorisch sind?
24.7417	DE FR IT	Fra. Hübscher. Verkäsungszulage unter aktuellen Bedingungen	Die Verkäsungszulage dient als Kompensation für den abgebauten Grenzschutz bei der gelben Linie und ist nicht nur für Käseemilch, sondern für die gesamte Milchwirtschaft der Schweiz von Bedeutung. Trotz viel tieferem Eurokurs ist die Verkäsungszulage immer noch auf gleichem Niveau seit der Einführung. Umgerechnet auf die aktuelle Situation und mit dem derzeitigen Wechselkurs, wie hoch müsste die Verkäsungszulage sein, um den gleichen Grenzschutz zu erwirken?
24.7427	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Welche Risiken birgt der Rückgang der Ökosystemleistungen für die Landwirtschaft?	Der Bundesrat zählt auf meine Frage 24.7157 eine Reihe von Leistungen der Biodiversität für die Nahrungsmittelproduktion auf, von Bestäubung über Bodenbildung, Bodenfruchtbarkeit bis Schädlingskontrolle. Dazu kommen weitere, wie Wasser- und Kohlenstoff-Speicherung oder Erosionsschutz. Die Biodiversität in der Schweiz ist aber in einem schlechten Zustand und nimmt weiter ab, wie das BLW schreibt. Welche Risiken sind mit diesem Rückgang für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit verbunden?
24.7434	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. Rechtsgrundlage für die finanzielle Unterstützung einer nächsten Landesaussstellung	- Bildet das Kulturförderungsgesetz die Rechtsgrundlage für die finanzielle Unterstützung einer nächsten Landesaussstellung durch den Bund? - Wenn Nein, wie sieht der Bundesrat das weitere Vorgehen für die Schaffung des notwendigen rechtlichen Rahmens ?

24.7441	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Klimawandel und Biodiversitätsverlust - bedrohen beide unsere Ernährungssicherheit?	Auf einen kürzlich eingereichten Vorstoss antwortete der Bundesrat: «Um auch unter künftigen Klimabedingungen eine sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten, braucht es eine Transformation des Ernährungssystems.» - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass der Biodiversitätsverlust mittel- und langfristig eine ebenso grosse Herausforderung für die Ernährungssicherheit in der Schweiz darstellt wie der Klimawandel? - Wenn nein, warum? - Wenn ja, was ist das Ausmass der Herausforderung?
24.7442	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. EU-Sanktionen gegen tschechischen Radiosender	Das Tschechische Newsportal „Voice of Europe“ gilt als Sprachrohr Russischer Propaganda. Die EU hat diese Plattform, sowie drei weitere ähnliche Portale am 17. Mai sanktioniert und gesperrt. - Sieht der Bundesrat die Übernahme dieser Sanktionen vor? Wenn nicht, warum nicht? - Welche Konsequenzen könnte ein Nichtübernehmen auf die Schweiz haben?
24.7449	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Chancengleichheit bei der Berufswahl für Jugendliche aus Heimen, resp. Pflegefamilien	«Alle Jugendlichen sollen gleiche Bildungs- und Berufschancen erhalten, unabhängig von ihrer Lebenssituation», formuliert die Synthese des NFP 76. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass junge Menschen, die in Pflegefamilien und Heimen aufwachsen, Chancengleichheit erfahren, indem sie ihr Bildungspotenzial ausschöpfen können und nicht, aufgrund zeitlicher und finanzieller Erwägungen und fehlender familiärer Unterstützung, eine bestangepasste Bildung verpassen?
24.7456	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Finanzielle Unterstützung Berglandwirtschaft im Rahmen der AP30+?	Ist der Bundesrat bereit, im Rahmen der AP30+ die Landwirtschaft im Berggebiet finanziell in gleicher Höhe wie bis anhin für die erbrachten Leistungen zu unterstützen? Die Berglandwirtschaft erbringt in Bezug auf die Offenhaltung und die Biodiversität Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit und dem Tourismus. Die Bewirtschaftung der Hang- und Steillagen ist aufwändig und intensiv, daher ist es zwingend notwendig das diese Arbeit auch in einer neuen Agrarpolitik entsprechend entgolten wird.
24.7457	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Biodiversitätsfördernde Bäume	- Wie viele Kleinstrukturen und Bäume wurden in den letzten 20, 40 oder 80 Jahren von landwirtschaftlichen Nutzflächen entfernt – oftmals mittels entsprechender Subventionen? Wie hängt dies mit dem Biodiversitätsverlust in diesen Gebieten zusammen? - Wie hoch waren die – offensichtlich biodiversitätsschädigenden – Subventionen, mit welchen Bund und Kantone sowie die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Beseitigung solcher Strukturen in diesem Zeitraum unterstützt haben?

24.7461	DE FR IT	Fra. Arslan. Menschenrechte: Schweiz schneidet noch schlechter ab als China	Gemäss einer neuen Analyse, über welche die Medien heute 05.06.2024 berichten, verursachen Schweizer Konzerne im Abbau von Mineralien, die für die Energiewende gebraucht werden, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Die Analyse zählt dabei weltweit mehr Probleme bei Schweizer Konzernen als bei chinesischen. - Wie schätzt der Bundesrat die Situation ein? - Wie beurteilt er die Aussage, dass gewisse Schweizer Konzerne rücksichtsloser geschäften als chinesische? - Wie geht er gegen diesen Missstand vor?
24.7467	DE FR IT	Fra. Roduit. Endometriose: leere Versprechen?	Im Rahmen der Debatte im Ständerat über die Motion 22.3224 versprach der Vorsteher des WBF, dass die Forschungsprojekte zu Endometriose in das Nationale Forschungsprogramm 83 «Gendermedizin und -gesundheit» aufgenommen werden könnten. Von den 140 für dieses Nationale Forschungsprogramm eingereichten Projekten wurden 108 nicht aufgenommen, darunter ein bedeutendes Projekt der Universität Bern im Zusammenhang mit Endometriose. Was sind die Gründe dafür?
24.7483	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Phänomene 2026 - unterstützt von Bund und Kantonen	Die grosse Wissens- und Erlebnisausstellung Phänomene wird im Jahr 2026 in Dietikon stattfinden. Die Kantone Zürich und Aargau unterstützen diese Ausstellung für Jung und Alt mit je 5 Mio. CHF. Die Berufsbildung, Energie, Tourismus, Verkehr, Klima und Forschung werden Thema sein. Dabei sind sie aber auch auf Gelder des Bundes (5 Mio.) angewiesen. Mit Steuereinnahmen wird ein grosser Mehrwert zurückkommen. Was gibt es für Fonds und für Möglichkeiten um die Phänomene finanziell zu unterstützen?

Bundeskanzlei

24.7377	DE FR IT	Fra. Blunschy. Ist WebEx wirklich die richtige Wahl für die sichere Videokommunikation der Bundesverwaltung?	Am 01. Mai 2024 wurde das Massnahmenpaket für die Vermeidung künftiger Datenabflüsse in der Bundesverwaltung veröffentlicht. Wie stellt die Bundeskanzlei sicher, dass die darin beschriebene Einführung eines auf WebEx basierenden Secure Video Conferencing Service tatsächlich die erforderliche Sicherheit für besonders schützenswerte Kommunikation gewährleistet, insbesondere mit Blick auf den WebEx-Abhörskandal bei der deutschen Bundeswehr?
---------	--	--	--

Departement des Innern

24.7365	DE FR IT	Fra. Glättli. PFAS in Pestiziden - Präzisierungen (1)	In der Antwort auf die IP 24.3348 erklärt der Bundesrat "Die restlichen zehn Wirkstoffe werden in der Schweiz entweder nicht mehr oder noch nicht vermarktet" - Welche der aufgezählten Wirkstoffe werden nicht mehr vermarktet, welche noch nicht? - Wurde einigen der 28 in der Schweiz zugelassenen Stoffe die Zulassung in der EU oder einzelnen EU Ländern bereits entzogen oder ist ein solcher Entzug in der EU oder einzelnen Ländern im Gang?
---------	--	---	--

24.7366	DE FR IT	Fra. Glättli. PFAS in Pestiziden - Präzisierungen (2)	In der Antwort auf die IP 24.3348 erklärt der Bundesrat, dass "In den letzten 15 Jahren (...) von den 18 (...) Wirkstoffen durchschnittlich 28 Tonnen verkauft wurden" und dass "zwischen 2020 und 2022 ist ein Anstieg um 16 Tonnen" zu verzeichnen sei, was einer massiven Erhöhung der Verkaufszahlen entspricht. Was unternimmt der Bundesrat angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung bei so problematischen Schadstoffen, die nachweislich endokrinschädigend und persistent umweltschädlich sind?
24.7367	DE FR IT	Fra. Glättli. PFAS in Pestiziden - Präzisierungen (3)	In seiner Antwort auf die IP 24.3348 erklärt der Bundesrat, er halte Überprüfung nach Artikel 29 PSMV "vor einer Erneuerung der Genehmigung dieser Wirkstoffe in der EU nicht als sinnvoll, da erst danach die für die Beurteilung nötigen Daten vorliegen werden" - Hat die EU einen Zulassungsentzug für diese Pestizidkategorie geplant? - Inwiefern wird die jüngste Entscheidung der EU, den Pestizidreduktionsplan auf Druck der europäischen Getreideproduzenten zu stoppen, dieses Ziel ggf. beeinträchtigen?
24.7373	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV: Hat der Bundesrat die Fristen im Griff?	Am 1. Juni 2024 wurde bekannt, dass die WHO nach einem Verhandlungsmarathon eine neue Version der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) verabschiedet hat (https://www.who.int/news/item/01-06-2024-seventy-seventh-world-health-assembly---daily-update--1-june-2024). Zudem wurde beschlossen, dass der Pandemievertrag weiter verhandelt werden soll. Auf welchen Zeitpunkt hat der Bundesrat die 18-monatige Vorbehalts-, Ablehnungs- und Änderungsfrist nach Art. 59 Abs. 1 IGV vorsorglich agendiert?
24.7374	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Halten sich die Gutachter an die gesetzlichen Vorgaben von Art. 44 Abs. 6 ATSG?	Nach Art. 44 Abs. 6 ATSG werden die gutachterlichen Interviews in Form von Tonaufnahmen zwischen der versicherten Person und dem Sachverständigen erstellt, sofern es die versicherte Person nicht anders bestimmt. Es gibt Gutachter, die behaupten, die Erhebung des klinischen Befundes (z.B. auch mittels klinischer Befragung der versicherten Person) könne ohne Tonaufzeichnung erfolgen. Wie beurteilen Sie diese Behauptung?
24.7379	DE FR IT	Fra. Addor. Statistiken zur Auswirkung der Zuwanderung auf die Kosten, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung übernommen werden	In seiner Antwort auf meine Frage 24.7255 hat der Bundesrat ausgeführt, es gebe keine Statistik zu den Kosten (und ihrer Entwicklung in den letzten 10 Jahren), die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer (und insbesondere für Asylsuchende) übernommen werden. Ebenfalls gebe es keine Statistik zum Anteil dieser Kosten, der zu Lasten der Allgemeinheit (Bund und Kantone) geht. Ist der Bundesrat bereit, solche Statistiken einzuführen?

24.7382	DE FR IT	Fra. Balmer. Telemedizin durch ausländische Ärzte in der Schweiz	1. Wie soll sichergestellt werden, dass ausländische Anbieter, welche teilweise bereits heute mit Schweizer Versicherungen kooperieren und mehrheitlich im Ausland ansässige Ärztinnen und Ärzte beschäftigen, qualitativ hochstehende Medizin durchführen entsprechend den von der Schweiz geforderten Standards? 2. Wie beurteilt der Bundesrat die Tatsache, dass diese Ärzte teilweise keine Schweizer Berufsausübebewilligung haben? Welcher Handlungsbedarf besteht hier aus Sicht des Bundesrates?
24.7383	DE FR IT	Fra. Mettler. Rechtsgleichheit beim Übergang in die Eigenständigkeit von Heim- und Pflegekindern	Beim Übergang in die selbständige Lebensführung stehen Heim- und Pflegekinder vor zusätzlichen, hauptsächlich strukturell bedingten Herausforderungen. Für staatliche Unterstützungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe liegt die Zuständigkeit bei den Kantonen. Dementsprechend sind die Regelungen sehr unterschiedlich. Was kann der Bundesrat zur Rechtsgleichheit beim Übergang in die Eigenständigkeit beitragen und gibt es Bestrebungen zur Harmonisierung der Schnittstellen in der Jugendhilfe?
24.7389	DE FR IT	Fra. Brizzi. Leaving Care: Bedarfsgerechte Unterstützung für ausserfamiliär untergebrachte junge Menschen	Was kann der Bundesrat beitragen, damit ausserfamiliär untergebrachte junge Menschen, die keinen familiären Support erhalten, bis zum Alter von 25 auf bedarfsgerechte Unterstützung zurückgreifen können? Es ist inzwischen breit anerkannt und von der Forschung belegt, dass die Jugendphase sich verlängert hat und junge Menschen im Übergang in die Eigenständigkeit bis 25 unterstützt werden sollen (vgl. elterliche Unterhaltspflicht, Massnahmen gemäss JStG, Kinder- und Jugendförderung).
24.7399	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Gleichbehandlung in den 3 Säulen der Kinder- und Jugendpolitik	In den 3 Säulen der Kinder- und Jugendpolitik gelten unterschiedlichen Altersgrenzen: Die Säulen «Mitsprache und Mitbestimmung» und «Entwicklung und Förderung der Autonomie» haben Gültigkeit bis zum vollendeten 25. Altersjahr. Über die Säule «Kinder- und Jugendschutz» werden die meisten ausserfamiliären Unterbringungen und ambulanten Begleitungen von Familien ermöglicht. Welche Bestrebungen bestehen seitens des Bundesrats, beim Jugendschutz ebenfalls die Altersgrenze 25 einzuführen?
24.7387	DE FR IT	Fra. Tschopp. Botschaft zur politischen Bildung: Stand und Datum der Veröffentlichung	Zur Stärkung unserer Demokratie müssen sich junge Menschen vermehrt an der Politik beteiligen. In den letzten Jahren hat der Bundesrat in verschiedenen Stellungnahmen (siehe z. B. Motion 21.4417 und Postulat 22.3109) auf die Botschaft zur politischen Bildung verwiesen. Sie soll bald veröffentlicht und bei den betroffenen Akteuren in Konsultation gegeben werden. Die Botschaft wurde noch nicht veröffentlicht, und es weist nichts darauf hin, dass sie bald veröffentlicht wird. Was ist der Stand dieser Botschaft und wann wird sie veröffentlicht?

24.7392	DE FR IT	Fra. Wyss. Verzicht auf Kostenbeteiligung von jungen Menschen an die ausserfamiliäre Unterbringung	Die Kostenbeteiligung der Betroffenen an die ausserfamiliäre Unterbringung stellt eine Benachteiligung dar und hat negative Auswirkungen auf ihre Chancengleichheit. Eine Beteiligung an den Platzierungskosten führt oft zu Verschuldung der jungen Menschen und beeinflusst deren Bildungsverlauf. Inwiefern sucht der Bundesrat das Gespräch mit den Kantonen, um den Verzicht auf Kostenbeteiligung zu erreichen?
24.7396	DE FR IT	Fra. Wettstein. Kommunikations- assistierende - Dienstleistungen Dritter	Art. 9 der Verordnung über die Hilfsmittelabgabe durch die IV regelt den Anspruch auf Dienstleistung Dritter. Diese werden unter anderem vergütet, um den Beruf auszuüben oder den Kontakt mit der Umwelt zu ermöglichen. Trifft es zu, dass Kommunikationsassistierende, welche Menschen mit Hörsehbehinderung und Taubblindheit mit geeigneter Kommunikationsunterstützung (z. B. Taktile Gebärdensprache) die Interaktion mit der Umwelt ermöglichen, Dienstleistungen Dritter im Sinne der Verordnung erbringen?
24.7403	DE FR IT	Fra. Ryser. Datenerhebung Rohstoffhandel	Am 22. November 2023 hat der Bundesrat beschlossen, die Bedeutung des internationalen Rohstoffhandels in der Schweiz genauer zu analysieren. Dazu wird die Wertschöpfungsstatistik des Bundesamts für Statistik auf alle Rohstoffhandelsunternehmen mit mindestens 3 Beschäftigten erweitert. - Ist die Teilnahme an der Erhebung für betroffene Unternehmen verbindlich? - Falls nicht, wie soll sichergestellt werden, dass die Erhebung zu relevanten und repräsentativen Daten führt?
24.7405	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Krankenkassen-Prämien an die Teuerung angleichen	Aktuell werden die Krankenversicherungsprämien in der Schweiz bei der Berechnung des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK, gängiges Mass für Inflation) nicht berücksichtigt. Stattdessen berücksichtigt der LIK die Kosten der ärztlichen Behandlung. Wenn die Prämien bei Berechnung der Inflation berücksichtigt würden, würde dies die Nationalbank vermehrt unter Druck setzen. Erachtet es der Bundesrat als sinnvoll, die Krankenkassenprämien bei der Berechnung der Inflation zu berücksichtigen?
24.7423	DE FR IT	Fra. Barandun. Berichterstattung zur rassistischen Diskriminierung	Die Berichterstattung zur rassistischen Diskriminierung in der Schweiz stützt sich stark auf Daten von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Betroffenen- Organisationen. Diskriminierte Gruppen ohne Meldestelle werden in den Statistiken unterrepräsentiert. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass es die Aufgabe des Staates ist, Minderheiten zu schützen und daher die Verantwortung für die Erfassung von diskriminierenden Vorfällen nicht auf diese Gruppen abgewälzt werden darf?

24.7431	DE FR IT	Fra. Bertschy. Zahlenbeispiel BVG-Reform	Zur BVG-Reform kursiert folgendes Beispiel: "Eine 50-jährige Frau mit einem Monatslohn von 5400 Franken müsste jeden Monat 100 Franken mehr in die PK einzahlen; sie wird aber in der Pension monatlich rund 130 Franken weniger Rente erhalten." - Ist dieses Beispiel repräsentativ für 50-jährige Frauen mit einem Lohn von 5400 Franken? - Oder ist es - auch wegen dem Anteil umhüllender Kassen / dem Rentenzuschlag für die Übergangsgeneration - äusserst selten oder sogar unwahrscheinlich?
24.7432	DE FR IT	Fra. Balmer. RSV Infekte und Prophylaxe im Winter 24/25	RSV Infekte sind schwere Atemwegsinfektionen und bei Kindern Grund für eine erhebliche Anzahl von Hospitalisationen. Sie belasten das Gesundheitswesen ab Herbst jeweils stark. Eine präventive Behandlung für alle Kinder bis 2 Jahre, die in mehreren Ländern erfolgreich angewendet wird, ist in der Schweiz von der EKIF empfohlen, aber noch nicht verfügbar. 1. Wie wird das BAG diese Prophylaxe in dieser Wintersaison fördern? 2. Wie wird sichergestellt, dass genügend monoklonale Antikörper vorhanden sind?
24.7445	DE FR IT	Fra. Gafner. Revision IGV der WHO	Die Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV 2005) betrifft Bestimmungen, die gesundheitspolitische Kompetenzen der Kantone tangieren oder verfassungsrechtliche Fragen betreffen. 1. Wie werden die Kantone in den Entscheidungsprozess eingebunden? 2. Wird der Bundesrat die Revision ablehnen, wenn die Mehrheit der Kantone nicht einverstanden ist? 3. Ist mit Blick auf die verfassungsrechtlich relevanten Fragen mit einem obligatorischen Referendum über diese Vertragsänderung zu rechnen?
24.7446	DE FR IT	Fra. Gafner. Änderung der IGV der WHO	Laut Mitteilung des Bundesrats vom 2. Juni wurde der angepasste Text der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV 2005) „im Konsens angenommen“. Die Schweiz werde nun „nach den geltenden nationalen Verfahren und gemäss den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen“ entscheiden, ob sie diese Anpassungen übernehmen will. 1. Wird der Bundesrat die IGV-Änderungen der Bundesversammlung unterbreiten? 2. Wann werden die zuständigen Kommissionen informiert?
24.7448	DE FR IT	Fra. Gafner. Revision der IGV der WHO	Da in der Schweizer Gesundheitspolitik viele Kompetenzen bei den Kantonen liegen, betrifft die Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) nicht nur den Bund. 1. Was hat der Bundesrat unternommen, um Parlament, aber auch Kantone und Gemeinden zu informieren und in den Verhandlungsprozess einzubinden? 2. Welche Möglichkeiten haben die Kantone, Gemeinden oder betroffene Organisationen, die nicht mit der Revision einverstanden sind, eine Ablehnung der neuen IGV zu erwirken?

24.7453	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Vertrauensperson für Heim- und Pflegekinder	In den Forschungsergebnissen und Impulsen zum NFP 76 wurde festgehalten, dass für Care Leaverinnen und Care Leaver im anspruchsvollen Übergang ins Erwachsenenleben vertrauensvolle Beziehungen bzw. konstante Bezugspersonen wichtig sind. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat, damit die in der PAVO genannte Vertrauensperson während der ausserfamiliären Unterbringung eingesetzt wird und über den Austritt hinaus Unterstützung bieten könnte?
24.7454	DE FR IT	Fra. Grossen Jürg. Bundsrätliche Empfehlungen zum Salzsteuer-Gebrauch	Am 30.5. hat der Bundesrat die MM "Die Schweizer Bevölkerung konsumiert zu viel Salz" verschickt. Basis ist eine Studie des BLV. In der MM sind "Empfehlungen für einen bewussten Salzkonsum" wie bspw. "Die fertige Mahlzeit probieren, bevor man zum Salzsteuer greift". - Gibt es einen gesetzlichen Auftrag für die Studie? Was hat sie gekostet? - Wie viele Bundesangestellte waren an den Empfehlungen zum Salzkonsum beteiligt? - Sieht der Bundesrat Empfehlungen zum Salzsteuer-Gebrauch als seine Aufgabe?
24.7460	DE FR IT	Fra. Roduit. Hospital at Home: ein problematisches Konzept?	Bei dem Konzept <i>Hospital at Home</i> handelt es sich um eine medizinische Behandlung oder Akutversorgung in den eigenen vier Wänden, die einer Spitalbehandlung entsprechen und bei der die ärztliche Überwachung gewährleistet sein soll. Da sich die Tarife für stationäre Leistungen (DRG) und für die Pflege zu Hause (KLV) jedoch unterscheiden, kann die Abrechnung problematisch werden, wenn ein Spital mit Spitex-Organisationen konkurriert, welche die gleichen oder ähnliche Leistungen erbringen. Wie steht der Bundesrat dazu?
24.7471	DE FR IT	Fra. Burgherr. Kinderrenten als Geschäftsmodell	- Wie erklärt sich der Bundesrat den massiven Anstieg an Kinderrenten ins Ausland, etwa nach Thailand von 250 000 Schweizer Franken auf rund 4,5 Millionen Schweizer Franken in 20 Jahren? - Welches Missbrauchspotenzial sieht er und was unternimmt er gegen das "Geschäftsmodell" mit angeheirateten Kindern? - Welche Länder haben sonst noch auffällige Anstiege an Kinderrenten aus der Schweiz zu verzeichnen?
24.7478	DE FR IT	Fra. Gugger. Welche EU-Länder kennen ein Human-Biomonitoring und wo steht diesbezüglich die Schweiz?	Auf meine IP 23.4516 schreibt der Bundesrat zu den «forever chemicals» (PFAS): «Die Ergebnisse legen nahe, dass zumindest ein Teil dieser Stoffe bereits Schäden in der menschlichen Gesundheit verursacht hat oder künftig verursachen wird. Diese Schäden können aktuell aber noch nicht quantifiziert oder monetarisiert werden.» - Welche EU-Länder kennen Human-Biomonitorings, dank denen solche Fragen beantwortet werden? - Seit wann will der Bund ein solches Monitoring einführen und wann wird das geschehen?

24.7480	DE FR IT	Fra. Knutti. Medizinische Gutachter der IV Fluch oder Segen	Die medizinischen Gutachter der IV stehen im Zusammenhang mit den Hausärzten immer wieder unter der Kritik, dass die Zusammenarbeit nicht nach den Vorgaben des Bundesamtes für Sozialversicherungen funktioniere. 1. Wie hoch waren die Gesamtkosten der medizinischen Gutachter der IV im 2023? 2. Wie hoch sind die Pauschalbeträge, welche die Gutachter für einen Fall im Durchschnitt abrechnen? 3. Wieso stützen sich die Gutachter nicht auf faktische Unterlagen der bereits erfolgten Untersuchungen?
---------	--	---	--

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

24.7368	DE FR IT	Fra. Page. Evaluation der Gesetzgebung über den Erwerb des Lernfahrausweises	Evaluation der Änderungen vom 14. Dezember 2018 betreffend das Mindestalter für den Erwerb des Lernfahrausweises und der einjährigen Wartefrist bis zum vollendeten 20. Altersjahr für den Erwerb des Führerausweises. Gemäss Artikel 151m der Verkehrszulassungsverordnung muss der Bundesrat spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen eine Evaluation präsentieren. Das Inkrafttreten dieser Bestimmungen erfolgte am 1. Januar 2021; die Frist von drei Jahren ist abgelaufen. Wann präsentiert das ASTRA die Evaluation?
24.7376	DE FR IT	Fra. Andrey. Bericht zu globalen Risiken vom WEF: Umweltrisiken dominieren die Risikoskala. Wie ist es in der Schweiz?	Der Bericht des Weltwirtschaftsforums vom Januar 2024, der sich auf die Ansichten von 1400 Expertinnen und Entscheidungsträgerinnen stützt, zeigt, dass Umweltrisiken in den nächsten zehn Jahren weltweit die kritischsten Probleme darstellen werden. Dazu gehören Klimawandel, Biodiversitätsverlust und die Verknappung natürlicher Ressourcen. Wie schätzt der Bundesrat diese Risiken für die Schweiz ein und was unternimmt er, um sie zu mindern und die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens zu reduzieren?
24.7380	DE FR IT	Fra. Wettstein. Förderung von Nachtzügen nach Art. 87b Bundesverfassung	Artikel 87b BV legt fest, dass die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchsteuer auf Flugtreibstoffen für Aufgaben im Kontext des Luftverkehrs verwendet werden, darunter 12.5 bis 25 Prozent für Umweltschutzmassnahmen. In den letzten beiden Jahren wurden mangels förderwürdiger Gesuche statt der verfügbaren 13-14 Mio. Franken nur 2,8 bzw. 2,1 Mio. Franken vergeben. Ist der Bundesrat bereit, den Verwendungszweck auf Nachtzüge auszuweiten, da diese das Potenzial haben, Flüge zu ersetzen?
24.7381	DE FR IT	Fra. Wettstein. Biodiversität links und rechts der Flugpiste	Artikel 87b BV legt fest, dass die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchsteuer auf Flugtreibstoffen für Aufgaben im Kontext des Luftverkehrs verwendet werden, darunter 12.5 bis 25 Prozent für Umweltschutzmassnahmen. In den letzten beiden Jahren wurden mangels förderwürdiger Gesuche weniger als ein Fünftel der verfügbaren Gelder vergeben. Ist der Bundesrat bereit, den Verwendungszweck auf die Förderung von Biodiversitätsflächen auf den Flughafen- und Flugplatzarealen auszudehnen?

24.7384	DE FR IT	Fra. Lohr. EU-Entwaldungsverordnung einhalten	Exporteure von Produkten, die Rohstoffe wie Kaffee, Kakao, Holz, etc. enthalten, müssen ab 2025 Zugang zu einem Informationssystem der EU haben, um die EU-Entwaldungsverordnung einhalten können. Die EU sieht aber keinen solchen Zugang für Unternehmen aus Drittstaaten vor. - Was unternimmt der Bund dagegen? - Spannt er mit anderen Staaten zusammen? - Wie unterstützt der Bund unsere KMU finanziell und technisch beim Entwickeln von Alternativen, mit denen sie die EU-Verordnung dennoch einhalten können?
24.7400	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie will der Bundesrat die prognostizierten über 44 Mrd. Kosten aufgrund der Biodiversitätsverluste bis 2050 verhindern?	Die EU schätzt die Kosten durch Biodiversitätsverluste im Jahr 2050 auf 4% des BIP. Gemäss Referenzszenario des BFS für das BIP, sind das für die Schweiz 2050, über 44 Mrd. CHF. Auf meine Frage während der Debatte zur Umweltverantwortungsinitiative, wie der Bundesrat diese Kosten gegenüber der Bevölkerung verantwortet, antwortete BR Rösli: "Sicher nicht mit dieser schädlichen Initiative". - Was sind demnach die Gründe des BR diese Kosten zu verantworten? - Wie möchte der BR diese Kosten reduzieren?
24.7401	DE FR IT	Fra. Nicolet. Finanzierung der Abbruchprämie gemäss RPG 2	Artikel 5a des Raumplanungsgesetzes in der am 29. September 2023 angenommenen Fassung (RPG 2) sieht die Zahlung einer Prämie für den Abbruch von Bauten ausserhalb der Bauzonen an die betroffenen Eigentümer vor. Diese Prämien müssen von den Kantonen finanziert werden, wobei der Bund Beiträge an die Aufwendungen der Kantone leisten kann. Welche Bundesbeiträge sind in diesem Bereich vorgesehen?
24.7402	DE FR IT	Fra. Ryser. Must-Carry-Pflicht von Diensten für Menschen mit Sinnesbehinderung	Wer in der Schweiz Radio- und Fernsehprogramme anbietet, muss bestimmte Programme zwingend verbreiten. Man spricht dabei von der Must-Carry-Pflicht. Interpretiert der Bundesrat die Must-Carry-Pflicht im Hinblick auf Art. 46 der RTVV (SR 784.401) auch so, dass angebotene und gekoppelte Dienste der bestimmten Programme für Menschen mit Sinnesbehinderung (z. B. Audiodeskription) zwingend verbreitet werden müssen?
24.7404	DE FR IT	Fra. Pahud. Muss die Post die gleichen Dienstleistungen mit einem lokalen Anbieter gewährleisten, wenn die Schliessung einer Poststelle unvermeidlich ist?	170 Poststellen werden geschlossen. Diese Schliessungen werden die Randregionen stark beeinträchtigen. - Wenn Schliessungen unvermeidlich sind: Wird die Post die gleichen Dienstleistungen bei lokalen Anbietern einrichten, um den Service Public zu gewährleisten? - Wird die Post ihre Dienstleistungen mit lokalen Anbietern langfristig garantieren? - Ist die Entschädigung lokaler Anbieter für ihre Dienste durch die Post geeignet, um die Dienstleistungen langfristig zu gewährleisten?

24.7407	DE FR IT	Fra. Feller. Will die Post als marktmächtiges öffentliches Unternehmen die Gratiszeitungen schwächen?	Die Post hat gerade die Zustellungsdienste ihrer Tochtergesellschaft DMC eingestellt, um diese selbst zu übernehmen. Zu den betroffenen Kunden gehören die Herausgeber von Gratiszeitungen. Das Problem ist, dass die Post die Tarife von DMC deutlich erhöht hat; laut einigen Quellen um mehr als 50 Prozent. - Hat die Post diese Preiserhöhung dem Preisüberwacher unterbreitet (Art. 6 PÜG)? - Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass die Tarife der Post in diesem Fall missbräuchlich sind?
24.7408	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Radio Lora - eine Zürcher Institution mit linksextremistischem Gedankengut	Der Lokalsender Radio Lora vermarktet sich als Gemeinschaftswerk von Freiwilligen. Meinungsvielfalt sei so wichtig wie eine kontroverse Debatte. Nun hat der Lokalsender aber vermehrt antisemitische Musik gespielt und linksextremistisches Gedankengut verbreitet. Trotzdem erhält Radio Lora jährlich 740 000 Fr. Gebühren des Bundes. Was meint der Bundesrat dazu, dass Radio Lora linksextremen Splittergruppen eine Plattform gibt und in Songs sogar zur Erschiessung von Polizisten aufruft?
24.7416	DE FR IT	Fra. Tuena. Radio Lora verbreitet antisemitische und gewaltverherrlichende Inhalte und Songs	Der gebührenfinanzierte links-alternative Zürcher Lokalradiosender Radio Lora verbreitet gewaltverherrlichende Songs und Inhalte. So werden immer wieder Songs wie zum Beispiel "Revolution" oder "Intifada" gespielt. Bei "Revolution" begrüsst die deutsche Band K.I.Z. den Mord an Richtern und Polizisten. Ebenfalls rufen Moderatoren von Radio Lora wiederholt zu unbewilligten Demos oder sonstigen verbotenen Aktionen auf. Wie geht der Bundesrat gegen diese Machenschaften bei Radio Lora vor?
24.7409	DE FR IT	Fra. Ruch. Umsetzung des RPG 2. Wie steht es um die Einhaltung des parlamentarischen Willens?	Das Fazit der parlamentarischen Debatten zur Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) war, dass ein durchschnittliches Wachstum der Anzahl von Gebäuden ausserhalb der Bauzone dem Stabilisierungsziel von 2 Prozent entspricht. In seiner Antwort auf die Interpellation 24.3138 kündigt der Bundesrat an, diesem parlamentarischen Willen nicht nachzukommen. Ist diese Haltung mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung vereinbar?
24.7410	DE FR IT	Fra. Schlatter. 4 Stunden Armeepropaganda - ist das Service Public?	SRF 1 hat am 5. Juni während einer Sondersendung 4 Stunden lang die Übung der Luftwaffe auf der A1 übertragen. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass es sich dabei um einen "Service Public" im Rahmen des Verfassungsauftrags handelt?
24.7411	DE FR IT	Fra. Ruch. Wird das RPG 2 pragmatisch umgesetzt?	Der Bundesrat hat die Fragen der Interpellation 24.3151 nicht beantwortet. Ich stelle daher die folgenden Fragen: - Beabsichtigt der Bundesrat, das Raumplanungsgesetz, wie es am 29. September 2023 angenommen wurde, grosszügig umzusetzen? - Werden das Ziel der Stabilisierung der Anzahl Gebäude ausserhalb der Bauzone und die Kriterien für die Kompensation in der Vollziehungsverordnung pragmatisch und unter Einbezug der Anliegen der Kantone präzisiert?

24.7412	DE FR IT	Fra. de Quattro. Den Beitrag der Schweiz zur weltweiten CO2-Reduktion berücksichtigen	Die EGMR hat unser Land kürzlich wegen Untätigkeit im Klimabereich verurteilt. Laut BFS betrug unser Treibhausgas-Fussabdruck 2021 112 Millionen Tonnen CO2, wobei 67 Prozent der Emissionen im Ausland entstanden. In dieser Berechnung werden die Emissionsreduktionen durch Schweizer Innovationen nicht berücksichtigt. Der Zement LC3 der ETHL zum Beispiel wird den globalen Treibhausgas-Fussabdruck bis 2030 um 500 Millionen Tonnen CO2 reduzieren. Welche weltweiten Einsparungen können bis 2030 und 2050 durch Schweizer Innovationen im öffentlichen und privaten Sektor erzielt werden?
24.7419	DE FR IT	Fra. Gobet Nadine. Werden die Leistungen der privaten Unternehmen, die Filialen der Post betreiben, angemessen vergütet?	Am 29. Mai 2024 kündigte die Post an, mittelfristig rund 170 weitere Poststellen zu schliessen. Als Ersatz wird erwägt, wie in der Vergangenheit den Betrieb von Filialen an private Partner wie Lebensmittelgeschäfte zu übertragen. - Welche Auflagen gelten für die beteiligten privaten Partner? - Nach welchen Kriterien werden die Leistungen dieser Partner von der Post vergütet?
24.7420	DE FR IT	Fra. Glättli. Klimaschutzgesetz (KIG), Verordnung zum Art. 10 - wann ist die Vernehmlassung geplant?	Laut dem mit 59.1% am 18.6.23 angenommenen Klima- und Innovationsgesetz (KIG) soll die Bundesverwaltung im Sinne ihrer Vorbildfunktion bereits im Jahr 2040 netto keine Treibhausgase mehr ausstossen. Der Bundesrat schrieb dazu am 24.1.24 bei der Vernehmlassungseröffnung der KIV: <i>"Die Umsetzungsbestimmungen bedürfen weiteren Abklärungen. Der Bundesrat wird sie daher so bald wie möglich in einem separaten Paket in die Vernehmlassung schicken."</i> Wann ist die erwähnte Vernehmlassung geplant?
24.7424	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Globales Plastikabkommen: Wie werden Kantone und Gemeinden in die Verhandlungen miteinbezogen?	Die Aushandlung von internationalen Verträgen liegt in der Kompetenz des Bundes. In bestimmten Fällen obliegt die Umsetzung überwiegend den Kantonen und Gemeinden – so wie im Fall des globalen Plastikabkommens. In diesem Sinne war an den Verhandlungen eine Koalition von lokalen Regierungen beteiligt, die Vorschläge unterbreiten konnte. - Werden die Kantone vom Bund in die Verhandlungen miteinbezogen? - Unterstützt der Bund die Vorschläge der Koalition?
24.7426	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wert der Ökosystemleistungen: Wie kommen Schätzungen zustande?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 24.7157: Die Leistungen der Biodiversität für die Nahrungsmittelproduktion seien schwer messbar und Teil eines komplexen Systems, weshalb keine umfassenden Berechnungen vorliegen. Wenn er bezüglich des Werts der Ökosystemleistungen im Blindflug unterwegs ist: - Wie kann er wissen, dass die Kosten des Nichthandelns im 2050 nur CHF 14-16 Mia. bzw. 2-2,5 % des Bruttoinlandprodukts betragen werden? - Warum nicht mehr? - Wie viel trägt die Landwirtschaft zum BIP bei?

24.7435	DE FR IT	Fra. Bulliard. Fehlende Verpflichtungen für Regionalfernsehen bezüglich Menschen mit Sehbehinderung	Im Vergabeverfahren der Konzessionen der regionalen Fernsehsender (2025-2034) wurde der Umfang von Fernsehsendungen mit Untertitelung festgelegt. - Aus welchem Grund werden in der Ausschreibung des BAKOM keine Verpflichtungen zu Leistungen für Menschen mit Sehbehinderung festgelegt? - Bestehen Lücken in der Gesetzgebung, welche im Hinblick auf das BehiG und die UNO-BRK geschlossen werden sollten?
24.7439	DE FR IT	Fra. Jauslin. Geothermische Potenzial des Untergrunds besser nutzen - wo stehen wir?	Mit meiner Motion 22.3702 wurde der Bundesrat vor 2 Jahren beauftragt, die Grundlagen so zu ändern, damit das geothermische Potenzial im tiefen Untergrund besser genutzt werden kann. - Haben die betroffenen Bundesämter inzwischen geklärt, welche zusätzlichen Potenziale erschlossen werden könnten? - Wie gross ist der zusätzliche Winterstrombedarf, wenn das Potenzial nicht genutzt wird? - Können bereits Konstellationen genannt werden, die eine ökologisch vertretbare Nutzung zulassen?
24.7440	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Schweizer Bäche erfüllen ihre Rolle als Lebensraum für Tiere nur eingeschränkt	Eine Studie der EAWAG von 99 Schweizer Bächen im Mittelland, Teilen des Juras und grossen Talebenen zeigt: In mehr als 70% dieser Gewässer fehlen Insektenlarven und andere Kleinlebewesen, die empfindlich auf Pestizide und einen schlechten ökomorphologischen Zustand der Bäche reagieren. - Sieht der Bundesrat einen Zusammenhang mit der Länge der Roten Listen der Fische, Rundmäuler und Amphibien, die zum Teil Insekten fressen? - Welche Handlungsmöglichkeiten sieht er, was tut er konkret, bis wann?
24.7444	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Internet ausserhalb städtischer Gebiete: eine ungleiche Grundversorgung	Ein Internetzugang ist heute nahezu unverzichtbar. Swisscom ist als aktuelle Grundversorgungskonzessionärin dafür verantwortlich, einen solchen in der ganzen Schweiz bereitzustellen. Dennoch sind viele ländliche Gebiete nach wie vor schlecht versorgt. Die in der Verordnung für Fernmeldedienste vorgesehene minimale Übertragungsrate von 10/1 Mbit/s wird in diesen Gebieten nicht erreicht, geschweige denn eine höhere Geschwindigkeit. - Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um dieses Problem zu lösen? - Wie sieht der Zeitplan für die Gigabitstrategie aus? - Wird den Gebieten, in denen die Versorgung am schlechtesten ist, der Vorzug gegeben?
24.7451	DE FR IT	Fra. Strupler. Biodiversitätsstrategie SBB	Die SBB besitzt mit den Bahnborden einen grünen Korridor für die Biodiversität durch die ganze Schweiz. Sie hat sich vorgenommen bis 2030 einen Fünftel dieser Flächen naturnah zu pflegen. - Wie weit ist die SBB mit der Umsetzung? - Wie hat sich die Artenvielfalt durch die Massnahmen entwickelt? - Ist die SBB auch in der Bekämpfung der Neophyten planmässig unterwegs? - Zu was für Kosten führen die Massnahmen zur Förderung der Biodiversität?

24.7459	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Die Rote Liste: Was bedeutet der Rückgang der Bestände von Wildbienen für Mensch und Natur?	Von den 615 Bienenarten in der Schweiz stehen 45,4 Prozent auf der Roten Liste. Von diesen sind 59 als ausgestorben, 24 als kritisch gefährdet, 84 als stark gefährdet und 112 als verletzlich eingestuft. Dank der Bestäubung durch diese Bienen bleibt die Vielfalt der Flora erhalten. Pflanzenfressende Tierarten sind daher auf Bestäuber angewiesen. - Was sind die Hauptursachen für das Insektensterben? - Wie sehen die Prognosen für den Insektenschwund aus und welche Folgen hat dieser für Mensch und Natur?
24.7462	DE FR IT	Fra. Jauslin. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Antworten in der Fragestunde korrekt sind?	Laut Antwort zur IP 22.4080 gibt es ein nationales Luftverkehrsbetreiberzeugnis, dessen Grundlage nach mehrmaligem Nachfragen nun offenbar in Art. 3 der Verordnung über die Umsetzung der EU-Verordnung 965/2012 gefunden wurde. Dort findet sich aber weder der Begriff Luftverkehrsbetreiberzeugnis noch werden Anforderungen dafür definiert. Die Verordnung ist zudem erst 15 Monate nach der Beantwortung der Interpellation in Kraft getreten. Wie erklärt sich der Bundesrat diese Ungereimtheiten?
24.7464	DE FR IT	Fra. Glättli. Seltsame Nagra-Umfragen	Im Februar 2024 veröffentlichte die Nagra die Resultate einer von ihr selber in Auftrag gegebenen Umfrage. Danach wird suggeriert, dass fast 70% der Betroffenen das Tiefenlager in der Region Nördlich Lägern befürwortet. Die Nagra ist primär dafür zuständig, wissenschaftliche Sachfragen zu bearbeiten. - Ist es Aufgabe der Nagra, Umfragen zu erstellen und zu publizieren? - Wie viel kosteten die seit 2009 sieben in Auftrag gegebenen Umfragen?
24.7465	DE FR IT	Fra. Glättli. Nagra unterstützt Forum VERA	Die Nagra unterstützt das Forum VERA seit mehr als zehn Jahren mit jährlich rund 200'000 Franken. Obwohl das BFE die Nagra meines Wissens aufgefordert hat, diese Unterstützungen transparent offen zu legen, sind diese Beiträge bis heute im Geschäftsbericht der Nagra nicht erwähnt. Das Forum VERA veröffentlicht gar keine Zahlen. - Erachtet der Bundesrat die einseitige Finanzierung von kernenergiefreundlichen Organisationen als korrekt? - Wird er bei der Nagra erneut Transparenz einfordern?
24.7466	DE FR IT	Fra. Glättli. Informationsdefizit zum Tiefenlager	Die breit angelegte Studie des Ausschusses der Kantone, AdK, von 2017 kommt im Gegensatz zur Nagra zu folgendem Schluss: «Nur 14 Prozent der Bevölkerung haben der eigenen Einschätzung nach ziemlich genaue Vorstellungen vom möglichen Tiefenlager. In der Haltung der Bevölkerung dem Tiefenlager gegenüber überwiegen Ablehnung und Skepsis». - Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass für den weiteren Prozess unabhängige Informationen wichtig sind? - Welche Massnahmen trifft der Bund diesbezüglich?

24.7477	DE FR IT	Fra. Knutti. Transparente Zahlen der Wolfsrisse	Kürzlich wurden die Zahlen betreffend Wolfsrisse an Nutztieren aus dem Jahr 2023 veröffentlicht. Leider fehlen hierbei die Zahlen von Rissen in Gebieten, wo sich keine Rudel aufhalten. 1. Warum wurden bei den genannten Zahlen nur diejenigen von den Kantonen mit Rudeln angegeben? 2. Wie viele Nutztiere wurden in den verschiedenen Kantonen gerissen ohne dass sich dort ein Rudel aufgehalten hat? 3. Wie viele Nutztiere wurden gesamthaft, nachgewiesen von Grossraubtieren in der Schweiz im Jahr 2023 gerissen?
24.7479	DE FR IT	Fra. Knutti. KORA Studie lässt viele Fragen offen	KORA hat kürzlich eine Studie über das Nahrungsspektrum von Wölfen veröffentlicht, die ausschließlich auf der Analyse von Kot beruht. Daraus geht hervor, dass Nutztiere 17% der Nahrung von Wölfen ausmachen. Es ist bekannt, dass Wölfe nach einem Angriff nur einen Bruchteil dieser Nutztiere fressen. 1. Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil eines Tieres, welcher von den Wölfen nicht gefressen wird? 2. Wie hoch ist der Prozentsatz der getöteten Nutztiere im Vergleich zu den Wildtieren?

Büro

24.7369	DE FR IT	Fra. Pahud. Familienausflüge mit dem Bundesratsjet	Anfang Mai reisten NR Nussbaumer und SR Herzog mit dem Lufttransportdienst des Bundes (LTDB) nach Rom. Medienberichten zufolge reisten auch die Söhne von Frau Herzog im Bundesratsjet mit. - Welche Aufgabe hatten sie in der offiziellen Delegation zur Vereidigung der Schweizergarde? - Wenn die Söhne nicht zur offiziellen Delegation gehörten: Seit wann kann der LTDB für «Familienausflüge» genutzt werden?
24.7470	DE FR IT	Fra. Roth David. Missbräuchliche Nutzung von Parlamentsräumlichkeiten	Nationalrätin Martullo-Blocher reserviert offenbar an fast jedem ordentlichen Sitzungstag ein Zimmer für ihre privatwirtschaftlichen Tätigkeiten. - Wie viele Sessionstage der vergangenen 4 Sessionen hat Frau Martullo-Blocher an Sessionstagen ein Sitzungszimmer reserviert? - Entspricht das den Richtlinien der Verwaltungsdelegation für die Nutzung des Parlamentsgebäudes? - Gibt es noch andere Parlamentsmitglieder, die während fast jedem Tag ein eigenes Arbeitszimmer reservieren?